



PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT NO. 844, AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. E. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

## Deutschland steht vor Finanzkrisis

Hiermit macht Finanzminister Dr. Wirth der Nationalversammlung bekannt; fünfzig Milliarden soll Deutschland zahlen

### Bei Düsseldorf bewaffnen sich 20,000 Arbeiter

Berlin, 28. April.—Finanzminister Dr. Wirth gab gestern in der Nationalversammlung bei Unterbreitung des Budgets bekannt, dass Deutschland vor einer Finanzkrisis stehe. Der Minister tabelte die Kriegskosten, welche sich die Notlage der Nation zumute machen und sich berechnen. In Bezug auf das Budget für Meer und Marine sagte er, dasselbe sei deshalb so hoch, weil Deutschland jetzt Soldaten in Dienst stellen müsse, deren Traktament gegen dasjenige der früheren Soldaten ungleich größer sei. Dieses müge die ehemaligen Feinde des Landes bei Demobilisierung der bisherigen Truppen bedenten. Dr. Wirth befrwortete eine Anleihe im Innern des Reiches und veranbat, dass die von Deutschland zu zahlende Kriegsschuldung festgesetzt werden soll. (Einmal heißt es, dieselbe betrage 50 Milliarden, dann wieder lautet sie auf 60 Milliarden. Die Alliierten scheinen Deutschland hierüber noch keine Mitteilung gemacht zu haben.)

Das Deutschland zahlen soll. San Remo, 28. April.—Es verlautet nunmehr, dass der Oberste Rat die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme auf fünfzig Milliarden Mark festgesetzt hat. Dies ist etwa die Hälfte der Summe, auf die man sich in Versailles als Deutschland aufzuerlegende Entschädigung geeinigt hatte. Früheren Berichten zufolge soll man sich in San Remo auf 80 Milliarden geeinigt haben.)

Neuer Aufruch droht. Koblenz, 28. April.—In dem französischen und amerikanischen Okkupationsgebiet will man in Erfahrung gebracht haben, daß sich 20,000 bewaffnete Arbeiter in der Nähe von Düsseldorf versammelt und gegen die Reichswehr eine drohende Salbung einnehmen werden. Es wird gesagt, daß die Zahl dieser Bewaffneten leicht auf 30,000 bis 40,000 Mann gebracht werden könne.

### Kündigt Umwälzung der Drahtverbindung an

Washington, 28. Apr.—Generalmajor G. A. Squier, Chef des Signalcorps, hat vor der nationalen Akademie der Wissenschaften über eine Reihe von Experimenten über des Signalcorps der Armee berichtet, die seiner Meinung nach die Telegraph-, Telephon- und Kabelverbindungen revolutionieren werden. In dem er erklärte, wie die Armee fast fehlerlose Resultate im Telegraphieren und Telephonieren über unisolierte Drähte, die im Wasser, in und über dem Boden gelegt werden, erzielt habe, prophezeit er, daß die teuren, schwerisolierten Drähte durch einfache unisolierte Drähte ersetzt werden würden, über die man verschiedene Telegraph- und Telephonbatterien zu gleicher Zeit leiten könnte. Da die Ozeanographie die Grenzen ihrer Leistungs-fähigkeit erreicht hat und unersetzliche Telephonie fast unmöglich ist, erklärte Squier, läge die Hoffnung auf Weiterentwicklung im Gebrauch der unisolierten Drähte.

### Bedarfsartikel steigen 21% in einem Jahre

Boston, 28. Apr.—Die durchschnittliche Verteuerung des Lebensunterhalts für Lohnarbeiter hat vom November 1919 bis März 1920 um 7 Prozent zugenommen, wie ein von der National Academy of Business veröffentlichter Bericht des Ausschusses der nationalen Industriekonferenz nachweist. Dies bedeutet eine Steigerung der Bedarfsartikel um 94,8 Prozent seit 1914 und eine solche von 21 Prozent im letzteren Jahre. Nach den Berichten von 2,000 Händlern waren die Preise der Nahrungsmittel 100 Prozent höher als vor dem Kriege. Hausmieten sind um 48 Prozent und Kleidungsstücke um 177 Prozent gestiegen.

### Del in Nevada gefunden

Fallen, Nev., 28. April.—Vierzig Meilen östlich von Fallon stieß man bei Bohrversuchen in einer Tiefe von 650 Fuß auf eine ergiebige Delquelle. Diese Nachricht hat ungeheure Aufregung verursacht. Tausende sind an Ort und Stelle eingetroffen.

### Frau auf der Kugel Galvins

Genf, 28. Apr.—Zum ersten Mal wird eine Frau auf einer Kugel in Genf am 6. Juni erscheinen, wenn die Londoner Predigerin und Raub-Dienerin in der hiesigen Kathedrale predigen wird.

### Marine-Budget im Senat angenommen

Uebersteigt die Bewilligungen des Hauses. Freiwillige Ausbildung vorgesehen.

Washington, 28. April.—Unter Bewilligungen von Regierungsbudgeten mit ungewöhnlicher Geschwindigkeit beendete der Senat die Erwägung der jährlichen Bewilligungen für die Marine. Innerhalb 80 Minuten und fast ohne Debatten erlaubte der Senat dem Marineminister, ein Budget von \$1,000,000,000, wogegen das Haus nur \$424,500,000 bewilligte. So schnell der vorliegende Senatsbeschluss die verschiedenen Forderungen ablas, von denen jede in die Millionen geht, wurden sie bewilligt. Beispielsweise wurde die Bewilligung des Hauses von \$15,876,000 für das Marineflugwesen auf \$25,000,000 erhöht und eine Neuforderung von \$1,000,000 für eine Flottenbasis im Hafen von San Francisco bewilligt. Ein System freiwilliger militärischer Ausbildung ähnlich dem Plan für die Armee, wurde als Zusatz angenommen. Danach können junge Männer im Alter von 16 bis 20 Jahren jährliche 3 Monate auf den Flottenstationen, mit Einschluß der Stationen an den großen Seen, freie Ausbildung erhalten, so bald sie sich in die Flottenreserven eintragen lassen. Für die Ausbildung wurden \$375,000 ange-schlagen. Dafür können jährlich 5,000 Mann ausgebildet werden. Ein Zusatz des Sen. Calver, New York, der Waisen von Marineangehörigen nach dem Tode des Ernährers eine monatliche Pension bewilligt, wurde angenommen. Die Schiffsbaubehörde wurde bevollmächtigt, die Waisen bis 7 Schiffe für die Luftflotte vollenden zu lassen. Für Neubauten wurden \$108,000,000 ange-schlagen. Das Marineministerium nimmt an, daß im Ganzen noch \$361,735,000 für das Bauprogramm der Marine zur Verfügung gestellt werden müssen.

### Sinn Feiner brennen Polizeibaracken nieder

Lippenath, Irland, 28. April.—Nach einer dreitägigen Belagerung ergaben sich die Polizeibaracken von Kilmahon im County Limerick an einen Haufen von 100 Mann, die sie mit Gewehren und Sprengstoffen beschnitten. Die Sieger bemächtigten sich der Waffen, Munition und Fahrzeugen der Besatzung, und verbrannten die Baracken. Drei Polizisten und ein Mann der Angreifer wurden verwundet.

### Radikale unterliegen in dänischen Wahlen

Kopenhagen, 28. April.—In den Wahlen für die dänischen Riksdag hat die radikale Partei am Montag 15 Sitze verloren. Die Sozialdemokraten, die Unabhängige Rechte und die Unabhängigen Radikale verloren je einen Sitz. Die Gewerkschaftler gewannen drei Sitze, die Konfessionellen sieben, die Sozialisten vier und die Liberalen zwei. Die nächste dänische Riksdag wird sich folgendermaßen zusammensetzen: 28 Konfessionelle, 48 Liberale, 42 Sozialisten, 4 Gewerkschaftler und 17 Radikale.

### Polizei durchsucht Schiff nach De Valeria

Belfast, 28. April.—Eine Spezialabteilung von Geheimpolizisten besitzte den Dampfer Columbia von der Anchor Linie bei seiner Ankunft in Belfast und inspektierte die Passagiere und ihre Kasse. Es wird berichtet, daß man den Präsidenten der irischen Republik, DeValeria suchte, den die Behörden an Bord vermuteten. Eine ähnliche Untersuchung fand zu Londonberry statt.

### Neger zum Tode verurteilt

Indianapolis, 28. April.—Der 19-jährige Neger William Ray, der am 19. April ein 15-jähriges weißes Mädchen erstach, wurde zum Tode verurteilt.

### Verstärkter Einfluß auf die Welt

Washington, 27. April.—Die Untersuchung gegen den Hilfssekretär des Arbeitsdepartements Louis F. Post, um zu bestimmen, ob er wegen Behinderung der Ausweisung von radikalen Ausländern unter An-führung gefest werden soll, hat heute vor dem Regeln Komitee des Hauses ihren Anfang genommen. Abgeordneter Hoar, Kansas, erklärte, daß die Ausweisungsbefehle gegen verurteilte Radikale zu hunderten von Post umgehoben worden seien. Arbeitssekretär Wilson wurde ge-tadelte, weil er die Entscheidung seines Untergeordneten durchgeben ließ. Hoar wiederholte die oft gehörten Behauptungen über die sorgfältig vorbereiteten Pläne, dieses Land zu rassistizieren. Regierung, Verfassung, Religion, Kirche und alle Einrichtungen der Zivilisation zu vertilgen, und führte die Fälle Buschhoff, Wa-gon, Bosco, und Martins an, um zu beweisen, daß Fremde mit dem Vor-satz ins Land gekommen wären, hier den Untertanz herbeizuführen, und daß Post gegen ihre Verban-nung einzuwirken sei.



Louis F. Post, der Hilfssekretär des Arbeitsdepartements, gegen den ein An-führer-Vorgehen erhoben werden soll, weil er angeblich den Radikalen durch die Finger gesehen hat.

### Kriegs-Erklärung soll widerrufen werden

Dadurch wollen die Republikaner im Senat dem Kriegszustand ein Ende machen.

Washington, 28. April.—Senator Knox hat im Komitee für auswärtige Beziehungen einen Plan unterbreitet, wonach die vom Hause angenommene Friedens-Resolution verworfen und die Kriegserklärung gegen Deutschland zurück gezogen werden soll. Alle Republikaner des Komitees mit Ausnahme von Mc-Cumber, Nord Dakota, sowie ein Demokrat begünstigen diesen Plan, der die folgenden Hauptpunkte enthält: Die von beiden Häusern des Kongresses angenommene Kriegserklärung ist zu widerrufen und der Krieg als beendet zu erklären.

Der Präsident wird ermahnt, Unter-handlungen mit Deutschland amande Wiederherstellung freundlicher Beziehungen anzuknüpfen sowie dem Handelsverkehr zwischen beiden Ländern die Wege zu öffnen, sobald der Handel bereits wieder eröffnet worden ist.

Um Amerikaner für erlittene Verluste im Kriege schadlos zu halten, soll alles Geld, das durch den Verkauf deutschen Eigentums in diesem Lande erzielt worden ist, vorläufig einbehalten werden, um die Forderungen zu begleichen.

Alle auf Grund des Friedensvertrages den Amerikanern zugesprochene Rechte und Ansprüche sollen beobachtet werden, bis ein Ausgleich zwischen den Ver. Staaten und Deutschland stattgefunden hat.

Alle Kriegserklärungen sind als aufgehoben zu erklären. Möglich ist, daß auch die Kriegserklärung gegen Oesterreich für null und nichtig erklärt werden wird; hierzu aber bedarf es einer besonderen Resolution.

Sitchcock und Underwood, Führer der demokratischen Opposition, wollen von einem derartigen Plan nichts wissen; sie sind nur für Aufhebung der auf den Krieg Bezug habenden Gesetze zu haben. Inzwischen mag die Resolution im Senat angenommen werden; doch ist es gewiß, daß der Präsident dieselbe vetieren wird.

### Untersuchung gegen Post hat begonnen

Washington, 27. April.—Die Untersuchung gegen den Hilfssekretär des Arbeitsdepartements Louis F. Post, um zu bestimmen, ob er wegen Behinderung der Ausweisung von radikalen Ausländern unter An-führung gefest werden soll, hat heute vor dem Regeln Komitee des Hauses ihren Anfang genommen. Abgeordneter Hoar, Kansas, erklärte, daß die Ausweisungsbefehle gegen verurteilte Radikale zu hunderten von Post umgehoben worden seien.

### Luftpostflieger verbrannt

Orange, N. J., 28. Apr.—Gegen 300 Pfund Postgegenstände verbrannten, als ein Luftpostflieger von Washington nach Newark unterwegs, im Nebel über den Orange Mountains einen Weg verlor, einige Baumstämme am Bergabhang streifte, abstürzte und Feuer fing. Der Pilot Smith erlitt nur einige Abschürfungen. Es war sein Plan gewesen, dem Geleise der Pennsylvania Bahn zu folgen, das ihm aber im Nebel außer Sicht kam.

### Des Profittüchers angeklagt

Chattanooga, Tenn., 28. April.—Mehrere hiesige Kaffeehausbesitzer sind von den Geschworenen des Profittüchers angeklagt worden. Sie hatten für sogenannte Klubbhaus-Unterbrodchen 50 Cents verlangt und dabei einen Profit von 30c erzielt; für Milch hatten sie ihrer Handlung 15 Cents das Glas ab-berlangt und dabei einen Profit von 11 Cents gemacht.

### Soldaten-Prämien erregen Sturm

Republikaner gespalten. Minderheit tritt mit Demokraten für eine Profittsteuer ein.

Washington, 28. Apr.—Die Meinungsverschiedenheiten über die vorgeschlagenen Soldaten-Prämien von \$2,000,000,000 führten im Hause zu heftigen, zum Teil recht persönlichen Auseinandersetzungen der Weiser. Abg. Rainey, Ill., beschuldigte den Abg. Longworth, den Schwiegerjohn Roosevelts, daß er als Mitglied des Komitees für Mittel und Wege das Großkapital dagegen in Schutz nehme, von dem Ueber-profit seinen Teil durch erhöhte Steuern zu entrichten. Longworth nannte Rainey einen „eisernen Tölpel“ und erwiderte, daß ein Anwalt, der einen klauen Fall betreue, stets zu Beschimpfungen seines Gegners seine Zu-flucht nehme.

Diese Auseinandersetzung ging den Beratungen über eine republikanische Parteiverammlung vorher, auf der am Freitagabend die Prämienvorlage vorgenommen werden soll, damit sie am Montag unverändert unter Suspendierung der Regeln durchgeprüft werden kann.

Sowohl bei der Parteiverammlung als bei den Debatten im Hause wird eine Gruppe von rebellierenden Republikanern unter der Führung von Abg. Johnson von Süd-Dakota genug Staub aufwirbeln, indem sie droht, den demokratischen Vorschlag auf Einführung einer rückwirkenden Profittsteuer zu unterstützen. Johnson behauptet, 75 Republikaner hinter sich zu haben. Die Republikaner werden die Suspendierung der Regeln verhindern, bis sie ihre Profittsteuer-Vorlage einbringen können. Die Sache, die leicht genug ausfällt, so lange man nur die Soldaten hörte, nahm ein anderes Gesicht an, als der Kongress zur Deutung der geforderten Summe allerlei Steuern in Erwägung zog. Da ließen die Steuer-soldaten dahinter zu hören.

Champ Clark warnte die Republikaner gegen die Suspendierung der Regeln, indem er darauf verwies, wie vor 10 Jahren ein ähnlicher Mißbrauch der Senat zum Sturz der Cannon-Mehrheit geführt habe. Longworth und seine Anhänger betreten die Ansicht, daß ein Profittsteuer die Bedarfsartikelpreise be-deuten erhöhen müsse, während eine Verkaufsteuer von 1 Prozent sich kaum spürbar machen würde.

### Streik gegen Spielhöllen

Aguila Prieta, Mex., 28. April.—Die amerikanischen Angestellten der hiesigen Spielhöllen, die an den Streik gingen, weil ihnen eine Lohnerhöhung verweigert wurde, haben einen Streik gegen die Spielhöllen inszeniert. Es ist ihnen auch bereits gelungen, eine Anzahl Ho-gardspieler vom Besuch der Spielhöllen abzuhalten. Spirituosen, die bisher durch Hausierer erlangt werden konnten, sind nunmehr ebenfalls hier verboten, weil die Stadt-Garnison erhalten hat, und in keiner solchen Spirituosen verkauft werden dürfen.

### Des Mordes verdächtig verhaftet

Lurline Lake, N. D., 28. April.—Die Beamten, welche den Mord der Familie Jakob Wolff untersuchen, haben gestern einen Mann, der sich Dave Hansen nennt, verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis abgeführt.

### England will „Tectotaler“ betreiben

London, 28. April.—Sir Keith A. Frazier hat angekündigt, daß in dieser Woche im Hause der Gemeinen eine Vorlage zur Ver-teuerung derer, die sich aller geistigen Getränke enthalten, einreichen werde. Es sei im Interesse der Arbeiterklasse zu wünschen, daß die hohe Steuer, die die Trinker jetzt entrichten müßten, mehr allgemein verteilt würde. Die Prohibitionisten sind über diese Idee entzückt. Sie erklären, daß die einhaltenden Personen verdienen, vom Staate eine Pension zu erhalten.

## Gen. Wood in New Jersey etwas voraus

Johnson aber macht ihm den Sieg streitig; in Ohio siegt Sen. Harding; indessen wird Johnson's Name vielfach eingeschrieben

### Massachusetts Delegationen sind nicht verpflichtet

Trenton, N. J., 28. April.—Bei den gestern hier stattgefundenen Primärwahlen hat General Wood eine bis jetzt geringe Stimmenmehrheit erhalten; in 1803 Wahl-districten ist er Johnson um 740 Stimmen voraus. New Jersey hat im Ganzen 2005 Präsidentsstimmen. Das Wahlergebnis wird in Zweifel bleiben, bis alle Stimmen gezählt worden sind. Die Bundesdelegationen Edge und Keliinghuyzen, Delegation zum Nationalkongress, sagen, daß sie jene Kandidaten unterstützen würden, die die größte Stimmenzahl erhält. Beide laufen ihrem Zield voraus. Gouverneur Stokes, ein Anhänger Wood's, nimmt den dritten Rang ein. Von den Districtdelegationen wird allem Anschein nach die Hälfte auf Wood, die andere Hälfte auf Johnson entfallen.

Die demokratischen „Großen Vier“ haben keinerlei Opposition; sie sind durchweg für Gouverneur Edwards als Präsidentschaftskandidat. Die Delegationen sind Major Hagan von Jersey City; Mayor J. Donnelly von Trenton; Gouverneur Edwards und James A. Nugent.

### Bolschewiki fordern zum Anschluß auf

Senatopol, 28. April.—Die Sowjet-Regierung in Moskau hat die Süd-Russen, welche die Sowjet-Truppen bekämpfen, aufgefordert, sich der Bolschewiki-Armee anzuschließen, dadurch würden alle Bolschewiki-Verhandlungen unnötig gemacht. In der Krime befinden sich ungefähr 300 Offiziere, welche Beobachtungen über die dortige Lage der Dinge anstellen und versuchen, Friedens-Verhandlungen zwischen den sich bekämpfenden Russen anzubahnen. Es kommt immer noch zu lebhaften Gefechten, besonders von Panzerzügen aus. Die süd-russischen Truppen sind zum größten Teil vernichtet; es wird geräut und geplündert; eine Anzahl Offiziere, die sich verschiedener Mäubereien schuldig kommen ließen, wurden gehängt. Es heißt, daß es General Brangel gelungen ist, die Disziplin bis zu einem gewissen Grade wieder herzustellen.

### Polen werden in Petrograd angegriffen

Stockholm, 28. April.—Polnische Bewohner von Petrograd, die an einer Demonstration am russischen Osterfest teilnahmen, sind nach einer Helingsfors-Depesche an die Zübingen von Bolschewikisten angegriffen worden. Eine Anzahl der Polen wurde getötet und andere verletzt. Die Bolschewikisten haben auch viele Verhaftungen vorgenommen. Durch die Festnahme eines polnischen Bischofs und Mitglieder der polnischen Geistlichkeit in Petrograd war eine hitere Stimmung veranlaßt worden, und man hatte deshalb eine Demonstration geplant. Die Demonstranten trugen Banner durch die Straßen bis zu dem Gefängnis, wo der Bischof und die anderen Geistlichen im Gewahrsam gehalten wurden. Als die Leute dort ankamen, befahl man ihnen, sich zu zerstreuen. Da sie sich weigerten, diesem Befehle nachzukommen, erfolgte der Angriff.

### Rüssen Union aufgeben

San Francisco, 28. Apr.—Der Schulrat hat die hiesigen Lehrkräfte brieflich angewiesen, ihre Union aufzugeben; auch die städtische Feuerwehr, welche eine Union gebildet hatte, wurde von den Kommissären angewiesen, die Union zu verlassen, widrigenfalls sie aus dem Dienst entlassen werden.

### Washington, 28. April.—In der getriebenen Kabinettsitzung, welcher auch der Präsident beiwohnte, wurden nur Routinegeschäfte erledigt.

### Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Bewölkt und unbestimmt heute abend und Donnerstag. Wärmer heute abend. Kühler am Donnerstag. Für Nebraska — Bewölkt und unbestimmt heute abend und Donnerstag. Wärmer im östlichen Teil heute abend. Kühler am Donnerstag. Für Iowa — Teilweise bewölkt heute abend, mit wärmer im westlichen und zentralen Teile und möglicherweise leichter Frost im östlichen Teil. Donnerstag unbestimmt mit wärmer im östlichen Teil und kälter im westlichen Teil.